

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelszeile oder deren Raum 1,00 Mk., bei Platzvorschrift 2,30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1,70 Mk., Reklame-Kolonelszeile 7,50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Vor einer englisch-französischen Allianz?

Obwohl die englische Regierung sich den Anschein gab, als wäre ihr an einer sofortigen Regelung der oberkschlesischen Frage außerordentlich viel gelegen, hat sie auf die letzte französische Note, die eine Regelung der Frage durch Sachverständige vorschlägt, noch nicht geantwortet. Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß sich sowohl in England als auch in Frankreich Bestrebungen bemerkbar machen, den Verhandlungskreis der bevorstehenden Konferenz bedeutend zu erweitern. So wickelt der Intransigent nach einer Meldung des W. T. B. zu berichten:

Paris, 5. Juni. Wie der Intransigent erfährt, wird Lord George in seiner Antwort auf die letzte Note Briand's verlangen, daß die nächste Tagung des Obersten Rates angelehnt ihrer Bedeutung in London und nicht in Boulogne stattfinden werde. Auf die Tagesordnung wollen die Engländer auch die Frage der Sanktionen am Rhein und die wirtschaftliche Frage der Plünderung der deutschen Obligationen auf dem Weltmarkt legen.

Inzwischen aber hat in der gesamten französischen und englischen Presse eine Diskussion darüber eingeleitet, ob nicht unter der Regelung der oberkschlesischen und der Sanktions-Frage Verhandlungen über eine neue französisch-englische Allianz aufs Tapet gebracht werden sollen. Man kann es verstehen, daß der französische Imperialismus, dem seit der Schwertung Englands sein Betätigungsfeld verloren zu gehen drohte, das Bedürfnis empfindet, sich neu zu orientieren und durch eine innigere Allianz mit England, als es der Versailler Friedensvertrag ist, fester zu verankern. Andererseits aber ist auch das Bestreben des englischen Imperialismus verständlich, zur Aufrechterhaltung seiner asiatischen Einflusphäre, die ihm durch das Erstarren der nationalistischen Bewegung in Vorder- und Zentralasien zu entswinden droht, sich der Unterstützung eines starken und verlässlichen Bundesgenossen zu versichern. Oberkschlesien aber und die wirtschaftliche Existenz Deutschlands werden das Schachernobjekt zwischen dem englischen und dem französischen Imperialismus bilden.

Barthou über die Demobilisierung.

Paris, 4. Juni. Kriegsminister Barthou erklärte dem Vertreter der Sanasagentur, er glaube die Entlassung der Jahresklasse 1919 zu einem viel früheren Zeitpunkt in Aussicht stellen zu können, als er zu hoffen gewagt habe. Er habe die Überzeugung, daß, wenn Deutschland fortfahre, seinen guten Willen zu zeigen, der Monat noch nicht zu Ende gegangen sein werde, bevor die Jahresklasse 1919 in die Heimat zurückgeschickt worden sei. Vor diesem Zeitpunkt werde er die Entlassung der Söhne der Witwen und ferner derjenigen Soldaten, deren Brüder im Kriege gefallen seien, und wahrscheinlich auch der Studenten ins Auge fassen.

Angst vor der Wahrheit.

Paris, 4. Juni. Die Kammer beschloß gestern mit einer Interpellation des sozialistischen Abgeordneten Inghels über angeblich übertriebene Vorurteile an die Industrie in ehemaligen Kampfgebiet. Nach einer Rede des Ministers Loucheur hat die Kammer das Verlangen nach einer Untersuchung mit 331 gegen 149 Stimmen abgelehnt und schließlich dem Ministerium mit 457 gegen 67 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Inghels führt seit Monaten im Populaire, unserm französischen Bruderblatt und in der Kammer einen Kampf gegen die Korruption die sich bei der Forderung des „Wiederaufbaus“ durch die französische Regierung breitmacht. Er hat erst vor einigen Tagen in der Kammer eine Liste vorgelegt, aus der hervorgeht, welche Umschwenkungen von der französischen Regierung Kapitalklassen vorgeschlossen wurden, die fast keine oder nur geringfügige erlitten haben, während die Bevölkerung der zerstörten Gebiete noch kein Dach über ihrem Kopfe hat. Die Kammermehrheit, die Helfershelferin und Befolgte der Kapitalistenklasse, mag sich weigern, die Untersuchung über die Verschuldungen Inghels zuzulassen, sie wird dadurch die nackten Ziffern nicht widerlegen und die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß der Krieg und seine Verwüstungen nur die arbeitenden Massen trifft, während die Kapitalisten auch aus Tod und Vernichtung sich ein Profitchen zu machen verstehen. Die französische Regierung zieht bewußt die Reparationsgewinner groß. Wird die deutsche Regierung, die sich auf die Bourgeoisie stützt, anders handeln können?

Konflikt zwischen Buchdruckereibesitzern und Gehilfen in Berlin.

Berlin, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die vollständig beschulte Versammlung tarifstreuer Buchdruckereibesitzer von Groß-Berlin hat zu dem von der Gehilfenschaft gestellten achtundvierzigstündigen Ultimatum Stellung genommen und folgende Resolution angenommen: „Die tarifstreuen Berliner Buchdruckereibesitzer lehnen die Forderungen der Vertrauensleute der Gehilfen und Hilfsarbeiter auf eine allgemeine Lohnerhöhung von 35 Mk. sowie das achtundvierzigstündige Ultimatum einstimmig ab. Sowohl die aufgestellten Forderungen wie ihre Befristung stellen einen Verstoß gegen die bestehende Tarifgemeinschaft dar. Der angebrohte Streik würde einen Tarifbruch bedeuten. Um ihrerseits den Willen zur Verständigung nochmals zu betonen, halten die tarifstreuen Buchdruckereibesitzer ihr Angebot im Namen Senemann-Warini bis Dienstag, 7. Juni, 6 Uhr abends, aufrecht. Dieses

Abkommen ist für die Gehilfen und Hilfsarbeiter getroffen. Seine Annahme kann nur durch die Hilfsarbeiter und Gehilfen erfolgen. Eine eventuelle Ablehnung durch eine der beiden Gruppen würde die Gesamtabkehrung bedeuten. Irgendeiner Erhöhung der in dem Abkommen Senemann-Warini vereinbarten Sätze kann von den Buchdruckereibesitzern nicht zugestimmt werden. Sie beruhen auf einem freiwilligen Entgegenkommen und stellen eine schwere außertarifliche Belastung für Berlin dar, zu der sich die Buchdruckereibesitzer nur schwer entschlossen haben, um in einer Zeit schwierigster politischer und wirtschaftlicher Umgebungen in ihrem lebenswichtigen Gewerbe den Frieden aufrechtzuerhalten.

Konferenz russischer Konterrevolutionäre in Bayern.

München, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Seit dem 29. Mai tagt in Bad Reichenhall unter dem Deckmantel eines Kongresses zum wirtschaftlichen Aufbau Russlands eine Konferenz russischer Gegenrevolutionäre. Der Kongress fand erst gestern abend sein Ende. Unter anderen haben daran teilgenommen der berüchtigte Führer der Schwarzen Hundert, Karlow, der frühere russische Polizeiminister Treppow, eine Anzahl russischer Großfürsten, darunter ein Vertreter des Zaren und viele ehemalige Dumaabgeordnete, höhere Staats- und Verwaltungsbeamte, Militärs, Geistliche und Wissenschaftler aus den russischen Emigrationen aller Länder. Der Kongress steht auf streng reaktionärem Boden und sieht die einzige Möglichkeit zum wirtschaftlichen Aufbau Russlands in der Wiedererrichtung der Monarchie. Eine zum Zwecke der Vorbereitung dieses Aufbaues gegründete wirtschaftspolitische Organisation „Der Aufbau“ hat bereits Fühlung mit deutschen Industrie- und Finanzkreisen genommen und scheint nur der Vorwand des Zusammenarbeitens russischer und deutscher Gegenrevolutionäre zu sein, die glauben, durch die Wiedererrichtung des Zarismus in Russland auch in Deutschland die Monarchie wieder zum Siege führen zu können. Der Kongress, der hinter verschlossenen Türen stattfand, sprach der bayerischen Regierung seinen tiefgefühlten Dank dafür aus, daß sie die Abhaltung des Kongresses ermöglicht hat. Die bayerische Regierung hat zwar die Abhaltung eines wirtschaftspolitischen Kongresses bewilligt, mußte aber von vornherein, daß es sich um vorwiegend politische Beratungen handeln wird, und wußte vor allem, daß es die russischen Monarchisten sein werden, die in Reichenhall sich ein Stelldichein geben. Bayern ist unter der Regierung-Kahr so sehr ein Paradies der Gegenrevolutionäre geworden, daß sich hier die zaristischen Verbrecher am sichersten und am wohlfeilsten fühlen. Die Beschlüsse des Kongresses werden voraussichtlich am Montagmorgen veröffentlicht werden. Wir werden noch ausführlich über die Angelegenheit berichten.

Ein Antibolschewistenkongress in Paris.

Paris, 5. Juni. In Paris ist heute ein antibolschewistischer, national-russischer Kongress zu einer auf 5-6 Tage berechneten Tagung zusammengetreten. Der Zweck des Kongresses ist, unter Ausschluß der alten russischen Reaktion eine Einheitsfront gegen den Bolschewismus herzustellen.

Der Streik in Norwegen.

Christiania, 4. Juni. Norsk Telegrambyran teilt mit: In der vorigen Woche fanden ergebnislose Verhandlungen zwischen dem norwegischen Arbeitgeberverein und dem Arbeitgeberverein der Reeder der Küstenküstfahrt einerseits und der sachlichen Landesorganisation der Arbeiter und Matrosen der Seizerunion andererseits statt. Heute wurden die Verhandlungen zwischen den Matrosen der Seizerunion und dem Landesvereine der Reeder, die auswärtige Fahrt meiden, ohne Resultat abgeschlossen. Die Matrosen forderten, daß die Seizerkontrakte für alle Matrosen und Seizer, die auf norwegischen Schiffen arbeiten, gelten sollten, mögen sie Welke, Gelbe oder Schwarze sein, Mitglieder der Union oder nicht. Die Verhandlungen zwischen den Matrosen und den zwei zuerst erwähnten Arbeitgeberorganisationen sind auch gescheitert. Der Streik der Matrosen, Seizer und Maschinisten wird andauern, ebenso der große Sympathiestreik. Täglich werden aber neue Betriebe wieder in Gang geleitet und immer mehr zeigt sich ein Abfall in den Reihen der Arbeiter. Die allgemeine Auffassung ist, daß der Streik nicht lange dauern kann. Überall im Lande herrscht Ruhe und Ordnung.

Zum Streik der englischen Bergarbeiter.

London, 6. Juni. (U.) Die Kommission der Sachverständigen, die den Schaden untersuchen soll, welcher infolge des Erlausens der Bergwerke entstanden ist, meldet, daß der Schaden größer sei, als man erwarten konnte. Es sind zwanzig Millionen Pfund nötig, um den Schaden wieder aufzumachen.

London, 6. Juni. (U.) Die Hafenarbeiter von Glasgow, die sich im Sympathiestreik befinden, haben beschlossen, die Arbeit am heutigen Montag wieder aufzunehmen.

Eine Entente der Diktatoren?

London, 4. Juni. Reuters meldet aus Helsingfors, Polen werde demnächst Finnland, Lettland, Estland und Litauen zu einer Konferenz einladen, um die Frage einer Entente aller Länder, die früher zum russischen Reich gehört haben, zu erörtern.

Das Vertrauensvotum.

Die dreitägige Aussprache im Reichstage über die Regierungserklärung endete damit, daß das von deutschnationaler und kommunistischer Seite beantragte Mißtrauensvotum abgelehnt wurde und daß auf Betreiben der sogenannten Demokraten noch über die von uns schon mitgeteilte Erklärung in zwei Teilen abgestimmt wurde. Dem ersten Teile stimmte unsere Fraktion zu, den zweiten über Oberschlesien lehnte sie ab, ebenso stimmte sie gegen die Mißtrauensanträge, nicht um der Regierung indirekt ein Vertrauensvotum auszusprechen, sondern um den reaktionären Streichen der Deutschnationalen nicht noch Beihilfe zu leisten. Daß die Regierung Wirth-Schiffer-Gradenauer unser Vertrauen nicht hat, brauchen wir durch keine Abstimmung besonders dann zu bekräftigen, wenn sie von rechts her gestützt werden soll; wir beurteilen sie ausschließlich nach ihren Taten. Es ist keine Frage und in der Partei besteht kein Zweifel, daß die Wirtschaftliche Regierung in der Frist ihres Bestehens innenpolitisch schon einige der dringendsten Aufgaben hätte erfüllen müssen; so besonders die Gewährung einer Amnestie, Aufhebung der Ausnahmegerichte gegen die Arbeiterschaft und Aufhebung des Belagerungszustandes. Aber die Dinge liegen im Ganzen betrachtet nicht so einfach. Es gilt vor allem die außenpolitischen Aufgaben zu erfüllen, und da trifft unsere Auffassung mit dem, was die Regierung auf Grund der Annahme des Ultimatus zu tun hat, zusammen. Sie muß die Entwaffnung und Auflösung der illegalen Militärverbände bis zum 30. Juni durchgeführt haben, und die Erklärungen in Paris und London über diesen Gegenstand sind so klar und nachdrücklich, daß jede Hoffnung an Aufschub oder Nachsicht in diesem Punkte ausgeschlossen ist. Hieran hat aber die Arbeiterschaft ein außerordentlich großes Interesse; denn die Ausführung dieser Verpflichtung wirkt sich für sie auch innenpolitisch günstig aus. Ist der alte Militarismus, der sich in den Einwohnerwehren, der Orgesch und andern „Selbstschutz“-Organisationen zusammengefunden hat, entwaffnet und aufgelöst, so wird er sich ein andres Feld der Betätigung suchen müssen und er wird dann nicht mehr als fortgeschickte Drohung gegen die Arbeiterschaft wirken können. So versteht unsere Fraktion auch den Satz in der angenommenen Erklärung, „daß die Regierung alles daransetzt, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.“ Die Arbeiterschaft aber muß auf der Hut sein, daß keine Scheinentwaffnung und Scheinauflösung erfolgt, sie kann die Regierung in der Pflichterfüllung kräftig unterstützen.

Bei der Aufbringung der Mittel für die Zahlungspflicht und für die Reparationen wird der Kampf sowieso heiß entbrennen. Das Wetterleuchten ging im Reichstag schon voran. Die Fraktionen der Besiehenden wollen die Lasten für ihre Kriegsschuld auch noch der Arbeiterschaft aufbürden und obendrein wollen die Kapitalisten bei der Wiederherstellung auch noch Geschäfte machen. Also nicht nur nichts zahlen, sondern auch noch Gewinne einflecken, das ist ihre Parole. Der Redner der Rechtssozialisten hat zwar erklärt, indirekte Steuern könnten erst in Frage kommen, wenn die direkten Steuern und sonstigen Einnahmen erschöpft seien; was aber auf solche Erklärungen zu geben ist, hat man oft genug erfahren. Möglich ist schon, daß es allmählich auch in rechtssozialistischen Kreisen darüber zu dämmern beginnt, daß an eine Fortsetzung der indirekten Steueremacherlei nicht mehr zu denken ist, solange die Besiehenden sich vom zahlen direkter Steuern mit Erfolg drücken können. Hier wird auch die Regierung am Scheideweg stehen, ob der Kurs nach links oder nach rechts gehen wird. Hier kommt es dann auch zu den eigentlichen Entscheidungen. Es ist kein Geheimnis, daß die direkte Einkommensteuer, richtig ausgebaut und scharf durchgeführt — wobei ein Existenzminimum für die Arbeiterschaft außer Betracht bleiben kann —, mehr als jeglichen Einkommensteuergesetz wäre eine weit höhere Summe als die geschätzte herauszuholen. Dazu kommen noch die Vermögens- und Erbschaftsteuern. Hier kann es zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum keine Kompromisse geben, das Bürgertum kann sich im republikanischen Deutschland nicht die Steuerfreiheit sichern wie im kaiserlichen. Das ist aber auch der Grund, weshalb die bürgerlichen Parteien, besonders die Volksparteier und die Deutschnationalen, so scharf gegen die Wirtschaftliche Regierung Stellung nehmen; sie befürchten von ihr Besteuern. Sie hätten die Regierung darum auch lieber jetzt gestürzt, weil sie jetzt bei einer Reichstagsauflösung mit einer patriotischen Parole hätten in den Wahlkampf ziehen können als später, wo es sich etwa um Steuern handelt. Sie sind von früher her gewöhnt genug, um zu wissen, daß Reichstagswahlen, bei denen Steuerfragen im Vordergrund des Wahlkampfes stehen, für sie meist ungünstig ausgefallen sind. Das müßte aber jetzt erst recht der Fall sein. Das ist übrigens auch der wunde Punkt bei den Rechtssozialisten. Ihre katastrophale Niederlage am 6. Juni 1920 ist nicht zuletzt auf ihre Zustimmung zu indirekten Steuern zurückzuführen. Sollte es wegen